

esse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse
sse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse
se - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse
e - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse
- interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse
nteresse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse
teresse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse
eres - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse

INTERESSE

Eine politische Theologie der Liebe

Die Enzyklika Fratelli tutti von Papst Franziskus ist politisch sehr konkret. Sie ist dennoch kein politisches Manifest, sondern entwickelt ihre politischen Optionen auf der Basis der politischen Theologie der Liebe.

Von Regina Polak

Die Enzyklika Fratelli tutti kann auf den ersten Blick tatsächlich als sozialetisch begründetes politisches Manifest erscheinen. Eine hervorragende Analyse des sozialetischen Charakters der Enzyklika hat Wolfgang Palaver vorgelegt, indem er deren differenziertes Verständnis universaler Geschwisterlichkeit darstellt, das auf der Verbindung von Globalität und Lokalität basiert (FT 142).

Doch die Enzyklika geht noch weitaus tiefer. Sie reflektiert den Zusammenhang zwischen Liebe und Politik auf der Basis einer Spiritualität göttlicher und menschlicher Liebe, die notwendigerweise in politisches Engagement münden muss. Dieser Zusammenhang zwischen Liebe und Politik ist auch dem evangelischen Theologen Ulrich Körtner aufgefallen. Allerdings kann er dem Anliegen des Papstes, dass sich „alle Menschen guten Willens, gleich welcher Religion oder Weltanschauung“ der „universalen Liebe und Friedfertigkeit öffnen sollen“, nur sehr wenig abgewinnen. Der päpstliche Satz „Auch in der Politik gibt es Raum, um mit Zärtlichkeit zu lieben“ (FT 194) gilt ihm als „religiöser Kitsch“. So ironisiert er die Überzeugung des Papstes, dass „politische Liebe“ oder „politische Nächstenliebe“ keine Utopie, sondern das „Herzstück

**ACHTUNG - VORSICHT - GEFÄHRLICH
IHRE IDEEN KÖNNEN UMDENKEN AUSLÖSEN**

JOHN LENNON	MAHATMA GANDHI
RIGOBERTA MENCHU	PAPST FRANZISKUS

der Politik“ bilden, mit Assoziationen zu den Beatles und John Lennon („All you need is love!“). Liebe und Zärtlichkeit – jene Form der Liebe, „die nahe und konkret wird“ (FT 194) – sind für ihn keine Basis für Politik.

Welches Ausmaß an Ernüchterung und Resignation angesichts realer Erfahrungen mit der Politik werden hier erkennbar? Wieweit hat sich solche Kritik schon an ein säkulares Verständnis von Politik angepasst oder dieses akzeptiert – ein Verständnis,

das in der Politik nur mehr den Kampf um Macht und Ressourcen sowie die Durchsetzung von Partikularinteressen erkennen kann?

Auch Papst Franziskus kritisiert das aktuell herrschende Verständnis von Politik: „Die Politik darf sich nicht der Wirtschaft unterwerfen, und diese darf sich nicht dem Diktat und dem effizienzorientierten Paradigma der Technokratie unterwerfen.“ (FT 177). Zugleich aber entwirft er auf der Basis einer christlichen Anthropologie und Spiritualität der Liebe eine Alternative – eine Art „politischer Theologie der Liebe“. Ein solches Vorhaben kann einem angesichts des realen Zustandes globaler und nationaler Politik tatsächlich naiv und

weltfremd erscheinen. Aber es gehört zum Kern der biblischen Offenbarung und der christlichen Theologie. Zu erinnern wäre hier u.a. an die Arbeiten der evangelischen Theologin Dorothee Sölle („Mystik und Widerstand“) oder des katholischen Sozialetikers Clemens Sedmak („Die politische Kraft der Liebe“). Freilich, der Glaube, dass die Liebe und Barmherzigkeit Gottes die gesamte Schöpfung – und damit auch den Lebensraum des Politischen – verwandeln und verändern können

(z.B. Röm 8), sind in der europäischen Christenheit weitgehend dem Vergessen anheimgefallen.

Kritik

Vieles an der Kritik an Fratelli Tutti ist begründet. So wird die von mir wahrgenommene politische Theologie der Liebe nicht in dem Ausmaß systematisch-theologisch dargestellt, wie es sich deutschsprachige Theologinnen und Theologen wünschen würden. Die Analysen könnten soziologisch fundierter und sozialetisch komplexer sein. Der Zusammenhang zwischen Individualethik und Sozialetik ist nicht ausreichend explizit reflektiert. Auch leidet die Enzyklika an einer Dominanz der Darstellung bedrohlicher Szenarien und lässt die Fülle der durchaus hoffnungsvollen Dynamiken weitgehend unerwähnt. So bleibt die Hoffnung, zu der Papst Franziskus aufruft, ziemlich unkonkret. Schließlich schwächt der kompilatorische Charakter der Enzyklika – die Zusammenstellung von Textpassagen und Zitaten seiner Vorgänger, aus Bischofssynoden und eigenen Stellungnahmen sowie Theologen und Philosophen wie z.B. Karl Rahner, Paul Ricoeur, Gabriel Marcel uva. – die analytische Stringenz des Textes.

Doch dieser Text ist eben auch keine wissenschaftliche Abhandlung. Vielmehr atmet sie den dialogischen Charakter des aktuellen Pontifikats, indem sie das innere und äußere Gespräch der Kirche widerspiegelt. Sie will zum Nach- und Weiterdenken (FT 6) über das Verhältnis von Liebe und Politik anregen. So kann man sich bei der Textinterpretation also entscheiden, ob man bei den Schwächen oder den Stärken dieses Textes ansetzt, und versuchen, dessen Anliegen freizulegen, um diese dann differenziert-kritisch weiterzudenken.

Eines dieser Anliegen ist die Frage, wie die makropolitische Ebene mit der Ebene des Zusammenlebens von Menschen in Geschwisterlichkeit und sozi-

aler Freundschaft zusammenhängt. Letztere sind für Papst Franziskus erst in zweiter Linie moralische Gebote. In erster Linie machen sie das Wesen des Menschen aus. Der Mensch ist nicht nur ein Individuum, das Beziehungen „hat“, sondern ist und lebt konstitutiv aus zwischenmenschlichen Beziehungen und Gemeinschaften. Er „ist“ Beziehung und Gemeinschaft. Diese sieht Papst Franziskus fundamental bedroht: durch einen radikalen Individualismus, durch einen global weit verbreiteten Materialismus, und nicht zuletzt durch die aktuellen Fehlformen einer grenzenlosen Marktwirtschaft und den Verlust des Primats der Politik.

Geschwisterlichkeit und soziale Freundschaft sind demnach deshalb moralische Ansprüche, weil sie in der Natur des Menschen gründen. Zwischenmenschliche Beziehungen und Gemeinschaft kommen daher nicht allein durch individuelle Willensentscheidungen oder moralische Entscheidungen gleichsam „hinzu“, sondern bestimmen sein Dasein. Der Mensch ist ein Beziehungswesen, auf Beziehung und Gemeinschaft hin angelegt und von diesen abhängig. Menschen sind miteinander verbunden, ob es ihnen gefällt oder nicht. Nimmt die Gemeinschaft Schaden, leidet auch der/die Einzelne. Nicht zuletzt die Beziehungen zum/zur „Anderen“ oder „Fremden“ gehören dabei für den Papst unverzichtbar zum Menschsein.

Um die Virulenz dieser Aussagen zu verstehen, muss mitbedacht werden, dass der Papst aus Lateinamerika stammt. Dort zerreißen und zerstören die aktuellen Folgen einer einseitig globalisierten, an der Vorherrschaft von Konkurrenz und Profit orientierten Wirtschaft seit Jahrzehnten menschliche Familien, Gemeinschaften und gewachsene Kulturen. Fratelli tutti muss daher auch aus der Perspektive der Menschen des globalen Südens gelesen werden – und nicht nur auf der Basis europäischer Eigeninteressen. Auch die Theologien dieser Regionen

zeigen eindrücklich, wie sehr der kulturelle und ökonomische Postkolonialismus der westlichen zivilisierten Welt das Leben von Menschen und soziale Beziehungen beschädigt.

Doch nicht nur im globalen Süden lässt sich die Erosion des Humanum erkennen. Die Bedrohung der sozialen Kohäsion und eines demokratischen Zusammenlebens durch Nationalismen, Populismen, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sowie wachsenden ökonomischen Konkurrenz- und Leistungsdruck erschweren auch das Zusammenleben in Europa. Die Zunahme psychischer Erkrankungen wie Burnout und Depressionen, das Ausmaß an Einsamkeit und Sinnkrisen sowie die wachsende Zahl an Armen und Armutsgefährdeten legen davon Zeugnis ab – forciert nicht zuletzt durch die ökonomischen Auswirkungen der Corona-Pandemie.

Leibhaftige und affektive Nächstenliebe

Papst Franziskus setzt seine Hoffnung nun auf die Nächstenliebe. Doch diese ist „mehr als eine Reihe wohlthätiger Handlungen“ (FT 94):

„Liebe bedeutet also mehr als eine Reihe wohlthätiger Handlungen. Die Handlungen entspringen einer Einheit, die immer mehr auf den anderen ausgerichtet ist und die ihn jenseits seiner physischen oder moralischen Erscheinung als wertvoll, würdig, angenehm und schön erachtet. Die Liebe zum anderen, drängt uns aufgrund ihrer Natur, das Beste für sein Leben zu wollen. Nur wenn wir diese Art gegenseitiger Bezogenheit entwickeln, wird ein gesellschaftlicher Zusammenhalt möglich sein, der niemanden ausschließt, und eine Geschwisterlichkeit, die für alle offen ist.“

Prof.ⁱⁿ MMag.^a Dr.ⁱⁿ Regina Polak, MAS,
Kath.-Theol. Fakultät, Uni Wien
<https://theocare.wordpress.com/2020/10/12/eine-politische-theologie-der-liebe-regina-polak/>

Armutserfahrungen in Corona-Zeiten

Depressionen, Brennholzangel, unfaire Kunst und Arbeitslosigkeit – Erfahrungen von Menschen in der Krise und wie die Politik reagiert hat.

Mag.^a Dr.ⁱⁿ Evelyn Dawid,
Sozialwissenschaftlerin

Die Österreichische Armutskonferenz hat im Sommer 2020 eine Studie durchgeführt, die Menschen zu Wort kommen ließ, die zu diesem Zeitpunkt in Armut oder nahe der Armut lebten: Selbstständige, deren Aufträge mit dem ersten Lockdown eingebrochen waren, Kunstschaffende, deren Arbeitsstätten geschlossen waren, ArbeitnehmerInnen, die in der Krise ihren Job verloren haben, und Menschen mit langer Armutserfahrung, die schon vor Corona allzu gut wussten, was es heißt, zu wenig zu haben. Sie erzählten, wie sie die Pandemie erlebt haben. Die Studie erhob keine Zahlen, sondern die Lebensrealität der Menschen mit vielen Details und Facetten. Inzwischen haben wir den dritten Lockdown, und fragen uns: Hat die Politik gehört, was die Wissenschaft sagt? Immerhin war das Sozialministerium Auftraggeber. Haben unsere Ergebnisse auch heute noch Aussagekraft?

„ Und dann habe ich halt oft ein Monat gehabt, wo mein einziger Sozialkontakt meine Nachbarin im Haus war oder die Billa-Verkäuferin.

Der erste Lockdown traf Menschen mit langer Armutserfahrung hart. Ihnen war, wie vielen anderen auch, durch die unklare Kommunikation der Regierung nicht klar, was erlaubt und was verboten war. Die hohen Strafen, die bei Vergehen gegen die Ausgangsbeschränkungen (rechtswidrig) verhängt wurden, waren für Menschen, die nie genug zum Leben haben, existenzgefährdend. Sie trauten sich nur auf die Straße, um das Nötigste zu erledigen. Die langen Wochen in den eigenen vier Wänden, der Mangel an sozialen Kontakte, die Unsicherheit – all das ließ die psychischen Probleme, die viele Armutsbetroffene ohnehin haben, aufbrechen. Bei der Ankündigung des zweiten Lockdowns machte die Regie-

rung deutlich, dass die Menschen auf die Straße gehen dürfen – ja sollen, um sich zu erholen. Die Politik hat also hingehört, wie übrigens auch bei einem Detail. Da im ersten Lockdown die Baumärkte geschlossen hatten, war es in der Stadt kaum möglich, Holz zum Heizen zu kaufen, was einem unserer armutsbetroffenen Gesprächspartner große Probleme machte. Beim zweiten Lockdown durften Privatpersonen aus einem einzigen Grund in den Baumarkt: um Brennmaterial zu kaufen.

„ Wir kennen faire Kleidung, wir kennen faire Bananen, wir kennen Fairtrade-Kaffee, aber faire Kunst oder Kultur, das ist irgendwie nicht wirklich ein Thema, und das ist traurig.

In ein schwarzes Loch fielen auch viele Kunstschaffende, nachdem ihre Engagements von einem Tag auf den anderen abgesagt wurden. Für sie ist die Arbeit gleichzeitig Erfüllung und Broterwerb. Im ersten Augenblick war der Schock, dass ein zentraler Lebensinhalt plötzlich weg war, noch dominant. Doch bald drängten sich Geldsorgen in den Vordergrund – und die Kränkung darüber, dass die Regierung wenig Interesse an der Behebung der schwierigen Lage zeigte. Es kamen die beschämenden normalen Arbeitsbedingungen jener freischaffenden KünstlerInnen, die nicht die berühmten Namen tragen, schmerzhaft ans Licht. Nicht anders als etwa bei ErntearbeiterInnen oder Mietarbeitskräften, zeigten sich bei ihnen nämlich auch die Folgen ihrer ständig prekären Beschäftigung. Wer vor dem März 2020 prekär gearbeitet hatte, verfügte im Lockdown über keinen finanziellen Puffer – und war schnell von externer Hilfe abhängig. Inzwischen gibt es neue Interessenvertretungen und Förderungen, die rasch ausbezahlt werden. Ob das nach den

Monaten der Untätigkeit genügt und ob sich die Arbeitsbedingungen im Kulturbereich verbessern, werden wir erst später wissen.

Der erste Lockdown hat viele Ein-Personen-Unternehmen in die Untätigkeit gezwungen. Nachdem die letzten Aufträge abgearbeitet waren, kamen kaum noch neue. Der Verdienst war zu gering, um den Lebensunterhalt zu bestreiten. Die Unterstützungszahlungen des Staates griffen bei manchen gut, wenn auch sehr spät und nach beträchtlichem bürokratischem Aufwand. Andere hatten keine Chance auf finanzielle Hilfe. Auch hier hat die Politik reagiert: Die Auszahlungen sind weniger bürokratisch, großzügiger und flinker. Trotzdem hört man noch immer von kleinen Selbstständigen, die durch das Fördernetz fallen.

„ Ich bin zwar nicht armutsgefährdet, noch, aber wenn das drei, vier, fünf Monate noch andauert mit der Arbeitssuche (...), dann wird es auch kritisch.

Wer durch die Corona-Krise die Arbeit verloren, aber davor halbwegs gut verdient hat, sodass das Arbeitslosengeld nicht allzu niedrig war und ein paar Ersparnisse vorhanden waren, hatte im Sommer 2020 noch nicht mit finanziellen Problemen zu kämpfen. Doch den „neuen“ Arbeitslosen war klar, dass sich dies sehr schnell ändern könnte, wenn ihre Arbeitslosigkeit zu lange dauert. Für manche ist dieser kritische Zeitpunkt wohl schon nahe.

Es war natürlich nicht die Studie der Armutskonferenz allein, die Einfluss auf die Politik genommen hat, sondern es wurden viele gehört, ein bisschen unter dem Motto: steter Tropfen höhlt den Stein. Und keineswegs all unsere Forschungsergebnisse haben Widerhall gefunden. Da braucht es wohl noch einige Tropfen mehr.

Verantwortungsethik

Mit Verantwortungsethik gegen das „Geschrei nach Verteilung“? Zur fragwürdigen politischen Vereinnahmung einer soziologischen Kategorie.

Als Max Weber seine berühmte Unterscheidung von Verantwortungsethik und Gesinnungsethik im Hinblick auf die „Politik als Beruf“ formuliert hat, stand ihm wahrscheinlich ein Politikertypus vor Augen, den wir heute im besten Sinne als „pragmatisch“ bezeichnen würden. Politischer Pragmatismus verbindet zwei Orientierungen, die einander grundsätzlich diametral gegenüberstehen: Auf der einen Seite steht die Orientierung an normativen Prinzipien, auf der anderen Seite eine Abwägung im Hinblick auf intendierte Folgen einer Handlung oder eines Handlungsarrangements. Allerdings kommen – und auch darauf hat Max Weber hingewiesen – beide Orientierungen ohne die jeweils andere gar nicht aus. Eine moralische Haltung, die sich an Prinzipien orientiert, aber nicht an den Folgen im Hinblick auf die Verwirklichung dieser Prinzipien, ist in sich widersprüchlich, weil sie ja nicht wirklich prinzipienorientiert ist. Und eine moralische Haltung, die sich an den Folgen einer Handlung orientiert, benötigt immer eine letztlich an Prinzipien orientierte Vorentscheidung, welche Folgen überhaupt intendiert werden sollen bzw. wünschenswert sind und welche nicht. Was Weber aus einer soziologischen Perspektive vor Augen führen wollte, ist der schwierige, unter vielerlei Einflüssen stehende Abwägungsprozess, in dem unter den Bedingungen der realen Politik in modernen Gesellschaften politische Ziele oder Absichten verfolgt werden können.

Vereinnahmung der Verantwortungsethik im Migrationsdiskurs

Max Webers Unterscheidung gewinnt gegenwärtig im Migrationsdiskurs enorm an Popularität, weil sie sich offenbar als Absolutionsformel für eine prinzipienvergessene Politik

eignet. Dementsprechend wurde in der Debatte um das Lager in Moria argumentiert, dass der Appell an europäische Staaten, wenigstens einige jener Menschen, die auf ihrer Flucht in griechischen Aufnahmelagern in erbärmlichen Zuständen untergekommen waren, aufzunehmen, einer Gesinnungsethik entspricht. Sie rufe, so die Unterstellung, einen Pull-Effekt hervor, ermuntere also Menschen zur Flucht aus ihren Herkunftskontexten und spiele damit indirekt den Schleppern in die Hände. Mit der Verantwortungsethik wird dagegen eine migrationspolitische Position der Abschreckung gleichgesetzt, die den skizzierten Pull-Effekt vermeide und stattdessen zu einer Reduzierung der Fluchtbewegungen führe. Zuerst müssten die Bedingungen in den Herkunftsländern verbessert werden, dann eine Sicherung der EU-Außengrenzen sowie insgesamt eine tragfähige Asyl- und Einwanderungspolitik der EU realisiert und schließlich – d.h. wenn all das geschehen ist – die trotzdem noch auf europäischem Boden vorhandenen AsylwerberInnen verteilt werden. Es gehe nicht, so etwa Außenminister Schallenberg in einem denkwürdigen ZIB 2-Interview am 9. September 2020, dass immer, wenn es „irgend so eine Notlage“ gebe, sogleich das Geschrei nach Verteilung ausbreche. Man müsse die Debatte „de-emotionalisieren“ und „rationalisieren“ – dies wohl gemerkt zu einem Zeitpunkt, als die Caritas und viele andere Hilfsorganisationen, die ihre Arbeit ja zweifellos mit großer Sachkenntnis erledigen, dringend zu einer Aufnahme von Menschen aus Moria geraten hatten, um dort zumindest die gravierendsten Missstände zu lindern. Flankiert wurde das noch mit dem Hinweis darauf, dass die AsylwerberInnen für die Brandstiftung in Moria nicht durch die Aufnahme nach Österreich belohnt werden

*Univ.-Prof. Dr. theol. Christian Spieß,
Kath. Privatuniversität, Linz*

dürften, weil dies einen Nachahmungseffekt hervorrufe – als ob die BewohnerInnen des Lagers allesamt die Brandstiftung gemeinsam verübt hätten und nicht gerade umgekehrt Opfer des Brandes geworden wären.

Ist also das „Geschrei nach Verteilung“ Gesinnungsethik und eine betont restriktive Asyl- und Migrationspolitik Verantwortungsethik? Es gibt selbstverständlich gute Gründe, unterschiedliche Gesichtspunkte wie die Verbesserung der Bedingungen in den Herkunftsländern und eine bessere EU-Migrationspolitik zusammen mit der Frage der Verteilung von Menschen auf der Flucht zu bedenken. Und es soll hier auch gar nicht in Abrede gestellt werden, dass es gute Gründe für eine restriktive Einwanderungspolitik geben kann. Aber abgesehen davon, dass sich ein Pull-Effekt überhaupt nicht belegen lässt, muss man doch fragen: Was ist eigentlich das Ziel der Verantwortungsethik? Dient sie dem Ziel, Menschen in unwürdigen Zuständen leben zu lassen und ihnen nicht zu helfen? Ist es legitim, im Sinne einer Verantwortungsethik Menschen als Mittel zum Zweck eines wie auch immer formulierten Ziels einzusetzen? Ist es also von einer Verantwortungsethik gedeckt, Menschen im neuen Lager Kara Tepe im Elend leben zu lassen, um sie als Abschreckung für mögliche weitere Flüchtende zu instrumentalisieren?

Instrumentalisierungsverbot als Minimalprinzip

Spätestens an diesem Punkt kommt die ethische Reflexion doch zwangsläufig bei einer prinzipienethischen oder mit Weber gesinnungsethischen Herausforderung an, nämlich: Dürfen Menschen für andere Zwecke – welche auch immer das sein mögen – instrumentalisiert werden? Dies zu verneinen und auf das Instrumentalisierungsverbot

und die Menschenrechte zu verweisen, ist gewiss ein gesinnungsethischer Zug in der ethischen Reflexion, aber zweifellos keine Emotionalisierung oder Moralisation, sondern schlicht

der Hinweis auf einen Grundpfeiler des gesamten normativen Projekts der Moderne. Sowohl ein politischer Pragmatismus als auch eine aufgeklärte Verantwortungsethik entscheiden sich

an dieser Stelle sicher gegen die Instrumentalisierung von Menschen und für die Achtung der Menschenrechte im politischen Einflussbereich der EU.

Solidarität trägt!? Katholisch-soziale Ideen im Härtetest

130 Jahre Katholische Soziallehre

Fr., 30. April 2021 | 13.30 bis 17 Uhr

Kath. Privatuniversität Linz, Bethlehemstraße 20 | bzw. ONLINE

Krisen fordern alle heraus – jeden einzelnen Menschen und die Gesellschaft im Gesamten. Gerade in der Corona-Zeit wird deutlich, wie wichtig ein funktionierendes Sozialsystem ist. Die Katholische Soziallehre hat in den letzten 130 Jahren den politischen und gesellschaftlichen Diskurs mitbestimmt.

- ⇒ Sind die „Leitlinien“ der Katholischen Soziallehre auch heute noch relevant?
- ⇒ Was können sie zu einem guten Leben für alle Menschen beitragen?
- ⇒ Geben sie Antworten auf aktuelle Herausforderungen wie Arbeitslosigkeit, Mehrfachbelastungen, Umweltverschmutzung?
- ⇒ Positioniert sich die Kirche entschieden genug als Anwältin für soziale Gerechtigkeit?

Gemeinsam mit VertreterInnen aus der Sozialpartnerschaft werden diese und weitere Fragen erörtert und daraus Perspektiven für die Zukunft entwickelt.

Gefördert von



ReferentInnen:

Dr. Markus Schlagnitweit
Direktor der ksoe

Ass.Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Katja Winkler
Inst. für Christliche Sozialwissenschaften

Am Podium:

Mag.^a Doris Hummer
Präsidentin der WKO OÖ

Dr. Johann Kalliauer
Präsident der AK OÖ

Bischof Dr. Manfred Scheuer

Podiumsgespräch

Demokratie in Zeiten von Corona

Wir leben in ungewöhnlichen und herausfordernden Zeiten, besonders im Hinblick auf unsere demokratischen Verhältnisse. Lockdowns – Ausgangsbeschränkungen, Schulschließungen und viele andere Maßnahmen sind im vergangenen Jahr gesetzt worden, um die physische Gesundheit der Menschen in Österreich zu schützen.

Klarerweise waren es zu einem großen Teil sinnvolle und wichtige Maßnahmen – doch welche gesellschafts- und demokratiepolitischen Auswirkungen hatte und hat dieses Krisenmanagement? Wie steht es nun, ein Jahr nach dem ersten Lockdown, um die Grundrechte und Freiheiten der Menschen in Österreich?

Mit diesen und weiteren Fragen werden wir uns im Rahmen der Veranstaltung beschäftigen. ExpertInnen aus den Bereichen Soziales, Arbeitswelt, Theologie und Politikwissenschaft werden ihre Meinung und ihre Gedanken zum Thema „Demokratie in Zeiten von Corona“ teilen. Zusätzlich gibt es für alle Teilnehmenden die Möglichkeit Fragen zu stellen und selbst zu Wort zu kommen.

Die Gespräche werden ONLINE durchgeführt, in Kooperation mit dem Sozialreferat der Diözese Linz.

Gefördert von



Bildungszentrum Maximilianhaus:

Do., 11. März 2021, 19 Uhr, ONLINE
maximilianhaus@dioezese-linz.at
☎ (07674) 665 50

Treffpunkt Dominikanerhaus:

Do., 25. März 2021, 19 Uhr, ONLINE
dominikanerhaus@dioezese-linz.at
☎ (07252) 454 00

Anmeldung erbeten: Teilnahme-Link wird nach Anmeldung zugeschickt.

Am Podium:

Mag.^a Dagmar Andree MBA
Arbeiterkammer OÖ

Mag.^a Dr.ⁱⁿ Tamara Ehs
Universität Wien

Mag.^a Lucia Göbesberger
Sozialreferat Linz

Dr.ⁱⁿ Christina Hainzl
Austrian Democracy Lab

Mag. Martin Schenk
Diakonie Österreich

Dr. Markus Schlagnitweit,
Katholische Sozialakademie Österreich

Dr. Dennis Tamesberger
Arbeiterkammer OÖ

Warum CO₂-Steuern?

Der Weg zu einer kohlenstoffarmen Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur ist ein transformativer Prozess, für den die Politik von heute die Richtung bestimmt.

Preisinstrumente, wie eine CO₂-Steuer, werden in der klimapolitischen Diskussion schon lange als effektives Politikinstrument diskutiert und von UmweltökonomInnen als unverzichtbar für eine wirksame Dekarbonisierung unserer Wirtschaft und Gesellschaft gesehen. CO₂-Steuern sind ein Element zur Erreichung der klimapolitischen Zielsetzungen und sollten in einen breiteren Rahmen einer ökologischen Steuerreform eingebettet sein. Der Klimawandel erfordert aufgrund der Langfristigkeit und den damit verbundenen Unsicherheiten sowie der Irreversibilität der Auswirkungen jedoch einen breiteren Politikmix, der CO₂-Steuern nicht als ausschließliche Lösung für eine Begrenzung des Klimawandels begreift.

Die einer CO₂-Steuer zugrundeliegenden theoretischen Überlegungen zielen darauf ab, die Diskrepanz zwischen privaten und sozialen Kosten dem/der VerursacherIn anzulasten. Die mit den privaten Produktions- und Konsumprozessen verbundenen externen Kosten (Umweltkosten) sollen durch die Steuer einen Preis erhalten. Das Konzept einer ökologischen Steuerreform ergänzt die Steuer um den Aspekt der Mittelverwendung der Steuereinnahmen und ist damit eng mit der Verteilungswirkung einer solchen Steuer verknüpft. Die einzelnen Gestaltungselemente bzw. Gestaltungsmerkmale einer ökologischen Steuerreform sind Schlüsselfaktoren für die Effektivität und weitergehende Auswirkungen.

Optionen der Verwendung der Steuererträge

In der empirischen Forschung besteht breiter Konsens, dass die Ausgestaltung der Rückverteilung differenzierte Verteilungseffekte hat. Verteilungseffekte können prinzipiell auf unterschiedlichen Ebenen auftreten:

zwischen Sektoren oder zwischen Einkommensgruppen. In der klimapolitischen Debatte stehen vor allem Verteilungswirkungen im Haushaltssektor im Fokus, nicht zuletzt vor dem Hintergrund massiver Proteste gegen Steuererhöhungen, wie jene der Gelbwesten in Frankreich.

Drei Optionen der Mittelverwendung werden in der Literatur häufig diskutiert, mit jeweils zu erwartenden unterschiedlichen Lenkungs- und Verteilungswirkungen:

- 1) ein Öko-Bonus,
- 2) die Senkung arbeitskostenrelevanter Steuern und Abgaben, und
- 3) Investitionen in Klimamaßnahmen.

Grundsätzlich ist es auch möglich, die Steuererträge in das allgemeine Budget fließen zu lassen, was aber der Grundidee einer ökologischen Steuerreform widerspricht.

Steigerung der Akzeptanz durch transparente Mittelverwendung

Dem Öko-Bonus kommt die höchste Aufmerksamkeit zu, weil darin der Vorteil einer guten sozialen Abfederung gesehen wird, da einkommensschwächere Haushalte mit einem hohen Anteil an – aber geringeren absoluten – Energieausgaben an ihrem Einkommen relativ stärker entlastet werden. Auch die damit verbundene Transparenz der Mittelverwendung kann in der Bevölkerung zu einer höheren Akzeptanz einer CO₂-Steuer beitragen. Verteilungswirkungen entstehen aber nicht nur durch Einkommensunterschiede zwischen Haushalten, sondern können auch eine regionale Dimension aufweisen. Wenn Haushalte in ländlichen Gebieten auf Individualverkehr angewiesen sind und damit höhere Ausgaben für Mobilität haben, die – ohne Alternativangebot – zumindest kurz-

*Dr.ⁱⁿ Angela Köppl,
Ökonomin WIFO; Forschungsbereiche:
Umwelt, Landwirtschaft und Energie*

fristig nicht vermeidbar sind, werden sie von der Steuer stärker betroffen sein. Wie stark der Lenkungseffekt zur Emissionsreduktion ausfällt, ist mit Unsicherheiten verbunden, da der Öko-Bonus vermutlich nicht für strukturell wirksame emissionsmindernde Investitionen ausreicht. Zudem können Barrieren, wie das Auseinanderfallen von InvestorIn und NutzerIn z.B. im Falle von Mietverhältnissen oder das Fehlen der erforderlichen (Mobilitäts-)Infrastruktur, den Lenkungseffekt beschränken.

Eine Senkung der arbeitskostenrelevanten Steuern und Abgaben als Kompensationsmaßnahme bezweckt ökologische mit sozialen und beschäftigungspolitischen Zielen zu vereinen. Ähnlich wie bei einem Öko-Bonus gilt aber auch hier, dass unbestimmt ist, welche Anreize daraus für klimaschonende Investitionen und damit langfristige positive Klimaeffekte erwachsen. Auch ist die Transparenz der Mittelverwendung geringer als bei einem Öko-Bonus.

Klimainvestitionen für strukturelle Veränderungen

Die Option, die Steuererträge für Investitionen in klimataugliche private und öffentliche Infrastruktur zu verwenden, soll strukturelle Veränderungen bewirken, die über die gesamte Nutzungsdauer der Investition wirken und längerfristig auch einkommensschwächere Haushalte in Bezug auf Energieausgaben entlastet. Potentiell kann dadurch die InvestorIn-NutzerIn-Problematik verringert werden. Investitionen in öffentlichen Verkehr beispielsweise verändern die verfügbare Mobilitätsinfrastruktur, die wiederum individuelle Mobilitätsentscheidungen beeinflussen. Als nachteilig könnten, zumindest kurzfristig, negative Verteilungseffekte wirksam werden, da

ein entlastender Effekt durch geringere Energieausgaben erst mittelfristig wirksam wird, dafür aber dauerhaft die Energieausgaben senkt. Darüber hinaus könnten positive Beschäftigungswirkungen durch die Investitionen ausgelöst werden.

resse - interesse - interesse - interesse - interesse
sse - interesse - interesse - interesse - in
se - interesse - interesse - in
e - int

BÜCHER

Folgende Bücher sind im Sozialreferat entlehnbar:

U. Guérot: Nichts wird so bleiben, wie es war? Europa nach der Krise. Eine Zeitreise. Molden Verlag, Wien 2020, 119 Seiten.

Die langjährige Europaexpertin und leidenschaftliche Europäerin setzt sich wieder für eine europäische Demokratie ein und vor allem nach der Krise ein und ist gegen das selbstständige Wirken jedes einzelnen Staates. Der Nationalstaat ist der Hauptgewinner dieser Krise, aber notwendig wäre eine europäische Politik, Verfassung und nicht nur ein einheitlicher Markt. Ziele sind: europäische StaatsbürgerInnen-schaft (BürgerInnenunion statt Staaten-union), Schaffung einer politischen Autorität, die ausgestattet mit einem ausreichendem Budget, Maßnahmen zur Stabilisierung des Euro ergreifen kann. Errichtung einer gemeinsamen europäischen Außengrenze, eine gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik, Einhebung europäischer Steuern, europäische Armen- und eine gemeinsame europäische Außenpolitik. Ein engagiert geschriebenes Buch, das uns herausfordert, die Zeit nach der Krise für ein besseres Leben zu nutzen.

T. Ehs: Krisen-Demokratie. Sieben Lektionen aus der Coronakrise. Mandelbaum Verlag, Wien 2020, 107 Seiten.

Die Corona-Krise hat uns wie in einem Brennglas gezeigt, wo die Schwächen

unserer Demokratie liegen. In sieben Lektionen stellt die Autorin die Schwachpunkte heraus:

- Parlament muss tagen und auch inhaltlich Alternativen diskutieren, Gefahr vor Verordnungsstaat, Schwächen in der Legistik,
- mangelnde Transparenz der Entscheidungsgrundlagen und unbedachtsame Wortwahl,
- Digitalisierung der Demokratie kann nur zusätzlich eingesetzt werden,
- Aufrechterhaltung der Versammlungsfreiheit, Wahlen müssen auch in Krisenzeiten stattfinden können,
- kritischer Journalismus darf nicht der staatlichen Öffentlichkeitsarbeit unterstehen.

Da die Corona-Krise nicht die letzte sein wird, gilt es die Verbesserung dieser Schwachstellen anzugehen, was die Autorin auch im letzten Kapitel durch zahlreiche Vorschläge tut. Ein informatives, mit Gewinn zu lesendes Buch.

C. Gärtner: Klima, Corona und das Christentum. Religiöse Bildung für nachhaltige Entwicklung in einer verwundeten Welt. transcript Verlag, Bielefeld 2020, 193 Seiten.

Die Auswirkungen der Klimakrise sind in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens sichtbar (Gesundheit, Wirtschaft, Ökologie, Soziales). In diesem Buch geht es um die Frage: Was kann das Christentum zur Bewältigung dieser Krise leisten? Welche Visionen für ein nachhaltiges Leben, für eine gerechte, lebenswerte Zukunft aller Menschen kann das Christentum auch durch einen Rückgriff auf ihre Traditionen anbieten? Der Schwerpunkt der Antworten der Autorin liegt im Bereich der Religionspädagogik. Unterricht und Schule sollen Kinder und Jugendliche befähigen an der Entwicklung von Visionen und deren Realisierung teilzuhaben. Es geht ihr um eine Ausweitung der Religionspädagogik um die politische Dimension. Das Buch richtet sich vor allem an ReligionspädagogInnen und speziell interessierte LeserInnen.

Schöne Schwestern, Hunde und Lyrik



Wenn Sie versprechen, mich nicht beim Vatikan zu verschergeln, wage ich den Frevel, die letzte Enzyklika zu benörgeln. Nicht inhaltlich, schon alleine, weil meine Fäustchen nicht am Dogma der Unfehlbarkeit rütteln wollen! Außerdem ist gegen globale Solidarität so gar nichts einzuwenden. Es geht (zumindest aus Sicht der männlichen Mitschöpfung) nur um Formales: Als Fan der Geschwisterlichkeit fühle ich mich vom Assisi-Appell an die „Fratelli tutti“ so wenig abgeholt wie ein alter Hund im Tierheim. Sagt man dem, er sei auch mitgemeint, wenn man den Welpen daneben heimträgt, ächzt Edith Klinger in ihrem kühlen Grab. Ja, das ist eine windschiefe Metapher für Geschlechtergerechtigkeit, aber ich liebe die Fauna fast so sehr wie meine drei Schwestern.

Die Gegner des Genderns argumentieren für die Schönheit der Sprache. Das ist herrlich, nur erwecken die Sprachpatriarchen nicht den Eindruck, selbst der Poesie zu pflegen. Die Verkaufszahlen von Literatur untermauern den Verdacht. Es ist ein bisschen so wie mit den recht national empfindenden Herren, die in bedenklicher Syntax den „Asylanten“ das Deutschreden schaffen. Dafür findet Papst Franziskus die richtigen Worte – wer Fliehenden nicht hilft, ist mitverantwortlich.

„Wir sind alle Schwestern und Brüder!“ Das klingt doch schön. Ohne Anspruch auf Unfehlbarkeit weissage ich, dass wir Frauen noch mehr Verantwortung übernehmen, sobald wir bei der Ressourcenverteilung nicht mehr nur freundlich mitgemeint sind. Macht ist ja eine Bürde! Die früheren Herren der Schöpfung dürfen sich ausruhen, die Pension teilen wir am Ende schwesterlich und brüderlich.

Sie finden meine Ausführungen bescheuert? Nichts für ungut, die gescheiterten Ideen habe ich mitgemeint.

Ihre Weinbergschnecke

resse - interesse - interesse - interesse - interesse
sse - interesse - interesse - interesse - interesse
se - interesse - interesse

TERMINE

Laudato Si'-Preis 2021:

Ökologische Friedhofsgestaltung

Die Diözese Linz vergibt den mit insgesamt 5.000 Euro dotierten Umweltpreis für vorbildliche Projekte kirchlichen Umweltmanagements. Der Preis 2021 ist dem Bereich „ökologische Friedhofsgestaltung“ gewidmet. Bitte senden Sie Ihre schriftliche, aussagekräftige Bewerbung mit Fotos und entsprechenden Unterlagen – abgespeichert in einem einzigen PDF-Dokument bis 30. Juni 2021 an: Pastoralamt der Diözese Linz, Sozialreferat, z. H. Mag.^a Lucia Göbesberger, Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz

Infos: www.dioezese-linz.at/oekologie

Monatstreff Pax Christi OÖ:

Spieleabend – ONLINE

Di., 23. Feb. 2021, 18.30 bis 20 Uhr
Den Einstiegslink finden Sie auf www.dioezese-linz.at/urbiorbi

Dorothee Sölle Lesekreis – ONLINE

Mi., 24. Feb. 2021, 17 bis 18 Uhr, über MS Teams. Link wird nach Anmeldung (bitte bis 22. Feb.) per Mail zugeschickt. ☎ (0732) 76 10–3251 sozialreferat@dioezese-linz.at

Zusammen leben – Kritik & Alternativen zur Spaltung der Gesellschaft – ONLINE

Offener Sozialstammtisch am Do., 25. Feb. 2021, 19 Uhr, mit Prof. DDr. Nikolaus Dimmel (Politikwissenschaft, Universität Salzburg)
Den Einstiegslink finden Sie auf www.mensch-arbeit.at

Ökologisch einkaufen

Fr., 26. Feb. 2021, 16.30 bis 20 Uhr
Findet ONLINE über MS Teams statt. Link wird nach Anmeldung (bitte bis 19. Feb.) per Mail zugeschickt. ☎ (0732) 76 10–3251 sozialreferat@dioezese-linz.at
Referentinnen: *Karen Gilhofer-Seiser, Klimabündnis OÖ; Gudrun Glo-*

cker, Südwind OÖ; Lucia Göbesberger, Referentin für Umweltfragen, Diözese Linz

Demokratie in Zeiten von Corona Podiumsgespräche – ONLINE

Näheres siehe Seite 5.

Monatstreff Pax Christi OÖ: kfb – Aktion Familienfasttag – ONLINE

Di., 30. März 2021, 18.30 bis 20 Uhr
Referentin: *Anneliese Schütz*
Den Einstiegslink finden Sie auf www.dioezese-linz.at/urbiorbi

Solidarität trägt?! Katholisch-soziale Ideen im Härtetest.

130 Jahre Kath. Soziallehre

Fr. 30. April 2021, 13.30 bis 17 Uhr
Näheres siehe Seite 5.

Fastenreihe Fratelli tutti

www.dioezese-linz.at/soziales

Brüssel – Sozialpolitische Studienreise Begegnung mit EU, Caritas Europa und Einblicke in die Stadt

Di., 1. Juni 2021 bis So., 6. Juni 2021

Vorbereitender Studienteil mit **DDr. Severin Renoldner** am 10. Mai 2021 ab 18.30 Uhr im Diözesanhaus Linz, Kapuzinerstraße 84

Reisepreis: ab 990 € im DZ inklusive Bahnreise, Stadtführungen, Slow Food Mahlzeiten und Reiseleitung

Auf Grund der wegen COVID nach wie vor unsicheren Planungssituation versenden wir derzeit keine Anzahlungsrechnungen. Wenn Sie sich zu dieser Reise anmelden, bekommen Sie von uns eine Bestätigung und Ihr Platz ist fix reserviert. Aber erst wenn wir wissen, dass die Reise tatsächlich durchgeführt werden kann, schicken wir die Rechnungen aus. So haben Sie maximale Flexibilität.

Info/Anmeldung:
www.weltanschauen.at

Autofasten
Heilsam in Bewegung kommen



Foto schießen und Freizeit-Ticket gewinnen

Gewinnen Sie insgesamt 15 „Freizeit-Tickets OÖ“, die an fünf Gewinnspiel-TeilnehmerInnen verlost werden. **Fotografieren oder filmen Sie** während der Fastenzeit, **17. Februar bis 3. April**, Ihre öffentliche Anreise zu einem Freizeit-Ausflug (Wanderung, Stadtbesichtigung, etc.) und schicken Sie Ihr Foto bzw. Video an marketing@ooevg.at. Die fünf Gewinnspiel-TeilnehmerInnen mit den kreativsten, witzigsten, schönsten ... Fotos bzw. Videos erhalten je drei Freizeit-Tickets für Ihre nächsten Ausflüge! Die GewinnerInnen werden nach Ablauf des Gewinnspielzeitraums vom OÖ Verkehrsverbund ausgewählt und verständigt. Weitere Infos: www.autofasten.at oder folgen Sie uns auf [Facebook.com/Autofasten](https://www.facebook.com/Autofasten).

Impressum: Inhaberin Diözese Linz (Alleininhaberin)
Herausgeberin und Verlegerin: Mag.^a Lucia Göbesberger, Sozialreferat, Pastoralamt der Diözese Linz, Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz, ☎ (0732) 76 10–32 51
E-Mail: sozialreferat@dioezese-linz.at, www.dioezese-linz.at/soziales
Hersteller: Druckerei Haider Manuel e.U., 4274 Schönau i.M., Niederndorf 15
Verlagsort Linz, Verlagspostamt 4020 Linz/Donau, Erscheinungsort Linz
Österreichische Post AG - M202Z031665M – Pastoralamt der Diözese Linz, Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz
Die Inhalte müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.


Katholische Kirche
in Oberösterreich